

VOLKS-ZEITUNG

Erhalten Sie täglich 4 Mal, Sonntags, Feiertage und Montags einmal... Abonnementpreis monatlich 2.00 Mark... Einzelhefte 10 Pfennig.

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus-u. Gartenztg. Techn. Zeitung Witzblatt „U.L.K.“

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW. Vertrieb: Buchhandlung W. H. Franke & Co., Berlin SW.

Die Reichsregierung zurück getreten

Das Kabinett Marx mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt - Reichstagszusammentritt am 5. Januar?

Der Reichstagsmarsch überbrachte gestern nachmittags um 1 Uhr 30 Minuten dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Reichskabinetts. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte aber gleichzeitig den Reichstagsmarsch und die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

Wie wir hören, kann nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag am Montag, den 6. Januar, zusammentreten wird. Der Ständige Ausschuss des preussischen Landtags, der die Rechte des Landtags in der Zeit, in der seine Vollkommenheiten stattfinden, wahren soll, ist zum nächsten Freitag um einer Sitzung einberufen worden.

Der Heberwachtungs-Ausschuss des Reichstags trat am Montag nachmittags unter dem Vorsitz des Abg. Gensche (Soz.) zu einer Sitzung zusammen, um aber zwei Fälle der Aufhebung der Immunität zu verhandeln. Der erste Fall bezog sich auf einen Antrag des Reichskabinetts auf Genehmigung der Reise des Reichskanzlers nach dem Reichstag.

Die Rückwirkungen einer Rechtsregierung auf die deutsch-französischen Beziehungen

Paris, 14. Dezember. (G. A.) Der sozialistische Abgeordnete Renaudel, dessen Einfluss auf die französischen Regierungstendenzen und dessen persönliche Beziehungen zu der Zeit bekannt sind, hat in „L'Unité“ die Zeitungen teilen mit, daß der Reichstagsmarsch mit dem Empfang der verschiedenen Reichsparteien eine Einwirkung nach rechts für gefährlich erachte und daß er persönlich den Gedanken der Bildung eines Bürgerbündnisses ohne Einbeziehung der Zentrumspartei, ausdrückt. Man kann sich in Frankreich zu dieser Erklärung nur beklagen. Eine Rechtsregierung in Deutschland wäre vom innerpolitischen Standpunkt aus gesehen sicherlich eine schwerwiegende Tatsache.

In sozialpolitischer Hinsicht waren die Konsequenzen noch schwerer. Die Möglichkeit der Einbeziehung reaktionärer und nationalistischer Tendenzen für die Politik der Reichsregierung würde sowas das ganze Terrain wieder verengern lassen, das in der Richtung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gewonnen worden ist.

Die Entemochung des Zirkars ist der Höhepunkt der von Jagul Baha und seinen nächsten Freunden ermutigten und geführten antirussischen Bewegung. Als der Wort besprochen wurde, wurde sofort gehandelt werden. Chamberlain erwiderte darauf, daß bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Russlands Großbritannien Vorrechte in gewissen Fragen gemacht habe, bis eine freundliche Einigung zustande gekommen ist. Diese Vorrechte bezogen sich auf die Sicherung der britischen Herrschaft in Afghanistan, den Schutz Russlands gegen fremde Angriffe, auf den Schutz der fremden Interessen und auf den Sudan.

Das Befinden Herriots

Bessere Nachfrüge, Sinken des Fiebers Paris, 15. Dezember. (W. T. W.) Der heute vormittags über den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten ausgesprochene ärztliche Bericht besagt, daß der Patient trotz der Schmerzen, die er hat, eine bessere Nacht verbracht hat. Das Fieber ist heute morgen auf 37,5 zurückgegangen. Der Ministerpräsident hat heute vormittags Kriegsminister Klotz, Außenminister Rathenau und Reichsanwalter Lucienille empfangen können.

Der neue Reichstag und die Arbeitnehmer

Dr. Bruno Raucocker, Geschäftsführer des Reichsarbeiterbundes, ausgesprochen der Deutschen demokratischen Partei.

Beispiel, zu welcher Zusammenfassung der Reichsregierung die auch nach dem 7. Dezember noch unklaren Verhältnisse im Reichstag führen werden - eines ist gewiss: Wegen der breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die den republikanischen Parteien zum Siege verholfen haben, ihre Stimmung von 11 auf 13,2 Millionen Wähler vermindert und das Gros der kampfbereiten Gruppen des Reichstags gebildet haben, darf, soll und kann keine Innenpolitik, keine Wirtschaft- und Sozialpolitik mehr getrieben werden. Auch dann nicht, wenn die bisherige Politik der bürgerlichen Reichsregierung die Mehrzahl hat.

Die erste und wesentlichste Forderung der Arbeitnehmer lautet: Fort mit jedem Gedanken an den Bürgerblock! Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer ersten Ausgabe nach der Wahl die Rede vorgetragen aus dem Saale gelassen, als sie ihrem Leitartikel in letztem Band den Titel gab: „Bürgerblock ohne Demokratie!“ Sie hat sich und den Deutschen nationalen damit befähigt, daß ihnen und wie vor der Wahl im wesentlichen um die Verteilung der Prent gegen die Arbeiterklasse zu tun ist, um die Sammlung der Bürger zur Klassenkampfpolitik von rechts. Sie hat den Parteiführern bekanntigt, daß das Wort von der Volksgemeinschaft, das als schäme und drohendes Ziel in den Wahlkämpfen der Deutschen nationalen „Volksgemeinschaft“ zum Ausdruck gekommen war, nur ein Judentum auf Zeit für die wenigen Wahlwochen war, dem nunmehr die Parteiführer folgen sollen, ohne daß die Demokraten freies sich zum Schwimmen der Parteiführer aufgeben sollen, da sie ja zu solcher Zukunftslosigkeit zu dümm und zu unwillig seien. Eine eindeutige und schäme Verfestigung für ihre Weigerung, mit den Deutschen nationalen eine Regierung der „Volksgemeinschaft“ willigen eines Bürgerblocks gegen die Arbeiterklasse zu bilden, hätten die Demokraten sich gar nicht wünschen können.

Komm aber an Stelle des Bürgerblocks die große Koalition - und sie muß kommen, weil es keine andere Möglichkeit gibt -, so müssen die Arbeitnehmer mit allem Nachdruck die schäme Vereinerlichung jener wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, deren Erzielung oder Einbringung durch die Auflösung des Reichstages allzu lange verzögert worden ist.

1. Die Arbeitnehmer fordern die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens der Achtstundentages von November 1918 durch den Reichstag, so der sich der Reichsminister Dr. Brauns bereits am 8. September bei seiner Zusammenkunft mit den Arbeitsministern Frankreichs, Englands und Belgiens grundsätzlich bereit erklärt hat und die auch den Willen aller namhaften freien und antimilitarischen Sozialpolitikler entspricht. Erst kürzlich hat ja die Deutsche Delegation auf dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag (2. bis 6. Oktober) diesen Willen vor allem Volk einmütig und deutsch gegen um Ausdruck gebracht. Für außergewöhnliche Notstände gibt der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens die Gewähr, daß eine Verlängerung der Achtstundentages von 11 auf 12 Stunden auf Zeit genehmigt werden kann - eine Möglichkeit, auf die Deutschland im Verzuge zu Reparationen leider auf keinen Fall verzichten kann.

2. Auf ein Arbeitseinstellung, das dieser internationalen Schlichtung Rechnung trägt und das mit dem schäme Arbeitsverordnungen vom 7. Dezember 1923 ein Ende macht, baldigt erlassen werden. Die schäme Arbeitseinstellung in der Eisenindustrie ist unangenehm zu fürzen, wenn nicht der Ausbruch an Menschentat, der hierbei getrieben wurde, sich in einem noch weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit dieser Arbeiterkategorie bemerkbar machen soll, die heute schon 10 bis 12 Prozent beträgt. Die Verlängerung der Arbeitszeit nach dem Abbruch des Kampfes war nur solange und insoweit angezeigt, als hierdurch mit allen Mitteln der höchsten wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindert, die Produktion gesteigert, die Preise verbilligt, der Außenhandel gehoben, die Zahlungsbilanz Deutschlands aktiviert werden konnte, und als zu diesen Mitteln neben den technischen und organisatorischen Verbesserungen der Arbeitszeit gesiegt werden konnte. Heute reichen die technischen und organisatorischen Verbesserungen im allgemeinen aus, um den für die weitere Sanierung notwendigen Leistungsgrad herbeizuführen. Auch würde eine weitere Aufrechterhaltung der verlängerten Arbeitszeit angesichts der verminderten Kräfte der Arbeiter und der noch immer unzureichenden Höhe und Qualität ein rasches und gefährliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben und damit eine Lösung des wichtigsten Produktionsfaktors unserer Volkswirtschaft, der Arbeitskraft.

Chamberlains Rede im Unterhause

Sein Vertrauen in die Zukunft des Völkerverbundes - Der persönliche Kontakt mit den fremden Staatsmännern - Jeder Genfer Protokoll und Schuldensfrage wurde nicht verhandelt - Antwort an Trevelyan

London, 15. Dezember. Chamberlain gab heute im Unterhause seine mit grobem Interesse erwarteten Ausführungen über die außenpolitische Lage. Er sagte, daß seine von der Lösung des Völkerverbundes mit einer besseren Kenntnis der Bedürfnisse des Bundes und ohne irgendwelche größeren Vertrauen als je in seine Zukunft. Es sind nicht die besten Freunde des Völkerverbundes, die darauf drängen, daß er schnell verwirklicht geht, ohne Rücksicht auf seine Kraft. Es ist besser, kleine Fortschritte zu machen, die den Willen der ganzen Welt finden.

Er wartet, bis eines Tages die Völker zu der Erkenntnis erwachen, daß der Völkerverbund ein mächtiges Instrument geworden ist, als zu erwarten war.

Das ist derselbe Weg, auf dem das englische Unterhause seine gegenwärtigen Rechte und Privilegien erlangt hat, und eine solche schrittweise Entwicklung verläuft immer die größte Kraft und die längste Dauer.

Rechtlich seiner Beziehungen mit Herriot und Maffait und zahlreichen hervorragenden Vertretern anderer Staaten erklärte Chamberlain, daß sie in großen Völkerverbund geführt worden seien. Die Beziehungen seien möglichst der Verantwortung über, die er jetzt tragen, von größter Bedeutung gewesen. Er sei in persönlichen Kontakt mit den Ministern der französischen und italienischen Regierung und zahlreichen anderen Politikern gekommen und habe die besten Beziehungen gepflegt, die für die Außenpolitik anderer Völker verantwortungsbereich sind.

Er habe viel über den Standpunkt anderer Staaten in der Frage des Genfer Protokolls gehört. Er sei nicht in der Lage gewesen, im Namen der britischen Regierung seine Ansicht mitzuteilen.

Denn es ist doch höchst wahr, daß die erste Sitzung des britischen Kabinetts zur Prüfung des Genfer Protokolls erst einen Tag nach seiner Abreise von London stattgefunden habe.

Auch die Frage der interalliierten Schulden sei in seiner Rede behandelt worden. Er sagte wörtlich: „Man soll nicht glauben, daß eine große Entscheidung getroffen haben.“ Wir haben uns um keinerlei neuen Vertrag bemüht und keine französische Entscheidung bemüht. Was man gesucht, und wie er glaube, erreicht habe, sei die Erzielung verschiedener Angelegenheiten gewesen und die Größe der gemeinsamen Interessen in der Welt zu